

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 pabn d



Inhalt

39. Jahrgang / 78

19. April 1984

Dr. Rudi Schöffberger MdB,
Finanzpolitischer Spre-
cher der SPD-Landesgrup-
pe Bayern im Deutschen
Bundestag, zu Stolten-
bergs Steuerreform-Plänen:
Nicht mit der SPD.

Seite 1

Ulf Skirke, Bundesvor-
sitzender der Jungsozia-
listen, zu den Aktionen
der Friedensbewegung: Und
sie bewegt sich doch...

Seite 2

Horst Niggemeier, Vor-
sitzender des SPD-Unter-
bezirks Recklinghausen,
warnt vor kommunistischem
Einfluß auf die Ostermä-
rche: Friedenssehnsucht
nicht ausnutzen lassen.

Seite 4

Dokumentation

Aufruf der Berliner SPD
zum Ostermarsch: Die Stadt
braucht Frieden, Entspan-
nung, Zusammenarbeit.

Seite 6

Nicht mit der SPD

Stoltenbergs Steuerreform auf dem Rücken der kleinen
Leute

Von Dr. Rudi Schöffberger MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag

Die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Steuerreform
soll offenbar auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetra-
gen werden: Die Schafe werden geschoren, die fetten
Hammel werden geschmiert!

Und so soll der neue Tarif (T 1) wirken:

- Ein Lediger mit einem zu versteuernden Einkommen von
monatlich 1.666,00 DM würde um ganze 6,83 DM (2,3 Pro-
zent) entlastet. Bei einem Einkommen von 5.833,00 DM
dagegen betrüge die Entlastung 285,00 DM (13,6 Prozent
der bisherigen Steuerschuld).
- Eine Familie mit zwei Kinder und einem bescheidenen
Monatseinkommen von 2.500 DM würde nur 61,50 DM weniger
Steuern im Monat zahlen. Dagegen würde eine Spitzen-
verdiener-Familie mit 10.833,00 DM Monatseinkommen
monatlich um 608,00 DM entlastet.

Diese sogenannte "Steuerreform" soll über höhere Mineral-
öl-, Gas-, Heizöl- und Tabaksteuern finanziert werden.
Dadurch soll Klein- und Durchschnittsverdienern das mehr-
fache dessen wieder aus der Tasche geholt werden, was
ihnen die Tarifreform brächte.

Mit der Sozialdemokratie sind solche "Reformen" nicht zu
machen. (-/19.4.1984/ks/rs)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with 100% recycled
recycling paper



Und sie bewegen sich doch ...

Friedensbewegung und Arbeiterbewegung müssen ihre Kräfte bündeln

Von Ulf Skirke

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen lassen das Symbol des Osterhasen wohl eher in den Hintergrund treten, ein "Angsthase" wäre angebrachter: Angst vor Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, die Angst vor Raketen und Atomkrieg überschatten die Ostertage '84 für große Teile der Bevölkerung. "Angst ist ein schlechter Ratgeber", verkündete einst Helmut Schmidt. Ich glaube, da irrt er; denn wenn Ängste politische, wirtschaftliche und soziale Ursachen haben, dann können sie Kräfte zur Gegenwehr freilegen, die stärker und tiefer orientieren können als so mancher Parteitagbeschluss.

Die Friedensbewegung ist sich zwar ihrer Niederlage bewußt, die Raketenstationierung nicht verhindert zu haben, aber sie ist lebendig und macht Praxis, Pläne und Programme. Und die SPD?

Wie es scheint, hat sie sich nach Köln und Bundestagsdebatte zur Ruhe gesetzt?! Es gibt kein Hinweggehen über die Stationierung zur Tagesordnung. Das Kölner "Nein" allein genügt nicht. Es wird entwertet und wirkungslos, wenn es jetzt für das politische Handeln der Partei nichts mehr praktisch bedeutet. Beschließen ist gut, Handeln ist besser.

Zum Handeln gehört zunächst, den inhaltlichen "Geist" und die "neue Logik" des Kölner Raketen-Neins fortzuschreiben und den Bruch mit der herrschenden "Sicherheitspolitik" in praktikable Programme umzusetzen. Von Presse und Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, haben die Jungsozialisten Grundorientierungen für eine solche alternative Sicherheitspolitik beraten und beschlossen. Zentral bleibt und ist: Stopp der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen! Abbau der bereits stationierten Raketen. Die Jungsozialisten erwarten und fordern aber ebenfalls, daß die UdSSR ihrerseits die operativ-taktischen Raketen wieder abziehen, die als Gegenmaßnahme in der DDR und CSSR stationiert werden: Die sowjetischen Kurzstreckenraketen tragen jedenfalls durch die weitere Verkürzung der Vorwarnzeiten nicht zu einer Verminderung der Atomkriegsgefahr bei.

Aber nicht nur die Friedensbewegung, sondern auch unsere sicherheitspolitischen Vorstellungen müssen weitergehen: Dazu gehört das sofortige Einfrieren aller strategischen Atomwaffen und Trägersysteme der NATO und des "Warschauer Paktes" sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Reduzierung dieser Systeme. Das "Einfrieren" der gegenwärtigen Verhandlungen muß durch ein europäisches "Freeze" aller Atomwaffen ersetzt werden.

Ziel ist und bleibt die Herausbildung von A-, B- und C-Waffen freie Zonen in Gesamt-europa. Dies läßt sich nicht allein mit diplomatischen Mitteln und Spitzengesprächen durchsetzen. Hierzu sind alle Formen des zivilen Ungehorsams anzuwenden, um auch eine Entmilitarisierung der gesamten Gesellschaft zu erreichen. Ob Blockadeaktionen oder Ostermärsche, ob internationale Friedenskonferenzen oder dezentrale Volksbefragungen, wir brauchen insgesamt eine gesellschaftspolitische Friedenserziehung, keine "ABC-Schützen", sondern ABC-waffenfreie Gesellschaften.



Zur alternativen Sicherheitslogik gehört aber auch, auf jeglichen Erstschlag zu verzichten; NATO-Konzepte wie "Airland Battle" und "Flexible Response" weisen in die Gegenrichtung: Sie sind Angriffskriegskonzepte.

Dies gilt ebenfalls für den "Rogers-Plan" und Varianten, da hier strategisch der ABC-Krieg durch eine konventionelle Massenvernichtung ersetzt oder ergänzt werden soll. Die SPD muß Farbe bekennen und den Rogers-Plan eindeutig ablehnen. Sollte sie aber nach dem Motto: Panzer statt Raketen mit einem konventionellen Aufrüstungsprogramm Itebäugeln, muß die SPD mit dem erbitterten Widerstand der Jungsozialisten rechnen.

Ohne den Stopp und die Verringerung der ständig wachsenden Rüstungsausgaben ist es nicht möglich, die dringendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Ohne den Stopp der Rüstungsausgaben wird weder wirksame Entwicklungshilfe noch wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit möglich sein.

Wenn die militante CDU-Regierung vor hat, die Sozialausgaben bis 1987 um weitere 1,4 Prozent zu senken, den Rüstungsetat um mehr als 14 Prozent zu steigern, zeigt das, daß sie die gemeinsamen Interessen von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung trifft.

Aufrüstung war schon immer in der Geschichte des Kapitalismus der gefährlichste Versuch, Wirtschaftskrisen zu "beseitigen". Gemäß der zynischen Militärlogik aber wurden durch Krieg große Teile der Gesellschaft, heute würde die Menschheit beseitigt....

Den Rüstungsetat einzufrieren, und darüber hinaus als einseitigen kalkulierten Schritt eine Senkung des Rüstungshaushaltes der Bundesrepublik, böte mehr Chancen für Entwicklungsprojekte bei uns und in anderen Ländern.

Wir brauchen ein striktes Verbot von Waffenexporten, die Ausarbeitung alternativer Produktionspläne für die Rüstungsindustrie. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik zur Exportindustrie "großen Stils" wird und damit Probleme vergrößert, die in Frankreich schon sichtbar sind.

Die organisierte Arbeiterbewegung setzt sich zunehmend gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zur Wehr, die Friedensbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Ressourcenvernichtung. Die Verbündung beider geht nicht bruchlos, ist aber möglich und nötig. Wer aber versucht, eine praktische Politik für Frieden und Arbeit als getarnte "kommunistische" Unterwanderungsstrategie von Friedens- und Arbeiterbewegung zu diffamieren, überschätzt nicht nur den real-kommunistischen Einfluß. Er muß sich selbst fragen, ob er nicht - wenn auch ungewollt - Geißler ("Die SPD ist die 5. Kolonne Moskaus") munitioniert und sich dadurch mit Massenarbeitslosigkeit und Aufrüstung abfindet. Gegen beides muß die SPD ebenso offensiv kämpfen und sich aktiv am Widerstand der Friedensbewegung beteiligen. Der SPD-Parteivorstand sollte alle Sozialdemokraten dazu aufrufen.

Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Aufrüstung ist sicher kein "Spaziergang", aber die Teilnahme an den Ostermärschen bringt uns dem gemeinsamen Ziel Frieden und Arbeit vielleicht ein Stück näher. (-/19.4.1984/ks/rs)

+ + +



Friedenssehnsucht nicht ausnutzen lassen

Eine Betrachtung zum Ostermarsch

Von Horst Niggemeier

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen

Nicht ohne Grund hat der DGB-Bundesjugendausschuß aus Anlaß der Ostermärsche 1984 seine Kritik "zum Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses" durch die Mehrheit des Bundestages ausdrücklich auch mit dieser Feststellung ergänzt:

"Der Bundesjugendausschuß verurteilt ebenso die Aufstellung der SS-20-Raketen in der UdSSR sowie die Folgerüstung des Warschauer Paktes und besonders in der DDR." Diese klare gewerkschaftliche Absage auch an die sowjetische Hochrüstungspolitik, aber ebenso die Feststellung, daß Demokratie und Gewerkschaftsrechte "die besten Garanten gegen alle Feinde des Friedens und der Freiheit sind", machen die Distanz deutlich, die freie Gewerkschafter in einem demokratischen Staat gegenüber einäugigen Ostermarsch-Organisatoren haben. Und davon gibt es nicht wenige: Sie malen die sowjetischen Raketen als freundliche Friedenstauben, halten den sowjetischen Krieg in Afghanistan für ein Festival der Freundschaft und die Einkerkierung und Verfolgung der polnischen Solidarnosc-Gewerkschafter wird von ihnen als Ausdruck demokratischer Verhältnisse gefeiert.

Die Rede ist nicht von denen, die aus ihrer ehrlichen Grundhaltung heraus auch Ostern für weniger Waffen in Ost und West demonstrieren. Gemeint sind jene, die - unter geschickter Ausnutzung der Friedenssehnsucht aller Menschen - "mit den Ostermärschen '84 gegen US-Raketen" (so die DKP-Presse in ihren Schlagzeilen) einen undurchsichtigen Schleier über die sowjetische Hochrüstung legen möchten.

Daß diese Bemühungen nicht erfolglos sind, kann allenthalben beobachtet werden. Sonst wäre es auch nicht notwendig gewesen, daß sich zum Beispiel die DGB-Jugend mit einer deutlich eigenständigen Position zum Thema Frieden und Freiheit von den übrigen Ostermarsch-Aufrufen abgehoben hätte. In der Regel ist die Mehrzahl dieser Aufrufe so formuliert, daß die DKP mit ihren zahlreichen Tarn- und Hilfsorganisationen an der Spitze dieser Märsche stehen kann - und auch stehen will, wie sie selbst in ihrem Aktionsprogramm bekennt: "Die DKP ist dafür, daß alle Kräfte der Friedensbewegung gemeinsam den Ostermarsch 1984 zu einer mächtigen Aktion gestalten."



Und so sorgen die DKP-Gehilfen in den regionalen Organisationskomitees für die Ostermärsche seit eh und je dafür, daß die Sprachregelung stimmt. Schon 1982 hatte der aus der DDR ausgewiesene Öko-Grüne Rudolf Bahro alle Ostermarschierer vor der "Überrepräsentation des DKP-Spektrums bei Aktionskonferenzen" gewarnt und erklärt: "Die DKP hat ihre gesamte personelle Kraft und die ihr zufließenden finanziellen Ressourcen darauf konzentriert." Bahros Bewertung dieser Art von Friedensdemonstration: "ostblockloyal". Insofern kann es auch nicht überraschen, wenn die SED-Losung zum 1. Mai 1984 lautet: "Unser Gruß der DKP, die entschlossen für Frieden, Arbeit und Demokratie in der BRD kämpft."

Wie bereits in den Vorjahren ist auch diesmal wieder die hessische Landesgeschäftsstelle der DKP-beeinflußten DFU (Deutsche Friedens-Union) als die "zentrale Informationsstelle Ostermarsch '84" angegeben. Wie überhaupt die DFU-Büros in den Ländern und Regionen der Bundesrepublik überwiegend als offizielle Anlaufstellen für alle Ostermarsch-Aktivitäten gelten.

Der eindeutige Bezug zur DKP oder ihren Vorfeldorganisationen - wozu unter anderem auch die DFU gehört - ist bei den Ostermarsch-Organisatoren nicht zu übersehen und ist nachweisbar. Es gibt keinen erkennbaren Grund, diese Tatsache zu verschweigen. Im Gegenteil. Es muß vielmehr die Frage gestellt werden, was denn die Motive dieser nun schon seit Jahren praktizierten Verschleierungs- und Tarnungspraktiken sind?

Der jugoslawische Antifaschist und ehemalige Tito-Mitstreiter Milovan Djilas sagte es kurz vor Beginn der Ostermärsche in einem Interview so: "Diese Bewegungen werden im Westen oft manipuliert. Teils von linken Kräften des eigenen Landes, mitunter auch direkt von der Sowjetunion." Die vom Ex-Kommunisten Bahro kritisierte "Überrepräsentation des DKP-Spektrums" bei den Friedens-Demos macht es schwer, dem Alt-Kommunisten Djilas in seiner Einschätzung zu widersprechen. (-/19.4.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Geschäftsführende Landesvorstand der Berliner SPD hat zur Teilnahme am Ostermarsch aufgerufen.

Berlin ist angewiesen auf Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit

Seit vielen Jahren ist der Ostermarsch Ausdruck des Friedenswillens und der Proteste gegen das Wettrüsten, vor allem im Bereich der nuklearen Waffen.

Die Berliner Sozialdemokraten sind aufgefordert, sich an den Osteraktivitäten 1984 durch eigenständige Beiträge in der Tradition sozialdemokratischer Friedenspolitik und in Vertretung der Beschlüsse der SPD zu Frieden, Abrüstung und Sicherheit zu beteiligen.

Der Geschäftsführende Landesvorstand der Berliner SPD ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, am Ostermarsch 1984 mit folgenden Forderungen teilzunehmen:

- Abrüstung in Ost und West
- Abbau der SS-20-Raketen und der neuen, in der DDR und der CSSR stationierten Systeme durch die Sowjetunion, Abbau der bereits in Westeuropa stationierten Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles durch die USA
- Wiederaufnahme der Verhandlungen der Großmächte über strategische Atomwaffen und Mittelstreckenwaffen
- Verhandlungen über die beiderseitige Beseitigung aller chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen
- Intensivierung der Wiener Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung, die auf dem Gedanken der Sicherheitspartnerschaft beruht und die Blockkonfrontation schrittweise abbaut
- Gemeinsame Initiativen der Industrieländer in Ost und West zur Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt.

Um dies zu erreichen, ist es dringend geboten, das gegenwärtige Konfrontationsklima zwischen den Großmächten zu überwinden. An die Stelle der Rüstungsspirale muß echte Abrüstung, an die Stelle der gegenseitigen Verdächtigungen müssen vertrauensbildende Maßnahmen treten.

Vor allem Berlin bleibt zur Sicherung seiner Existenz angewiesen auf Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit.

(-/19.4.1984/ks/rs)

+ + +

